

KI IN DER RECHNUNGSLEGUNG (II)

Europäische Vereinigung der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater für KMU

+32 (0)2 736 88 86 | secretariat@efaa.com | www.efaa.com

KI-Verordnung und rechtliche Auswirkungen für kleine und mittlere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der EU

Das EU-Gesetz über künstliche Intelligenz (KI-Gesetz) ist der weltweit erste umfassende Rechtsrahmen für KI und schafft ein neues Paradigma für den Einsatz und die Nutzung von KI in der gesamten EU. Für SMPs ist das Verständnis dieser regulatorischen Landschaft nicht nur eine Frage der Compliance, sondern eine strategische Notwendigkeit, die ihren Weg zur digitalen Transformation prägen wird.

Das KI-Gesetz geht weit über eine Reihe von Vorschriften hinaus. Es schafft ein einheitliches

Regulierungsumfeld in allen 27 EU-Mitgliedstaaten, wodurch sichergestellt wird, dass grenzüberschreitend tätige SMPs sich in einem einheitlichen Rechtsrahmen bewegen können. Dies ist für SMPs von entscheidender Bedeutung, damit sie nicht mit unnötigen Anforderungen belastet werden.

Für SMPs steht viel auf dem Spiel. Im Gegensatz zu größeren Unternehmen mit eigenen Compliance-Teams müssen kleinere Praxen die Komplexität der KI-Vorschriften mit begrenzten Ressourcen in Einklang bringen. Das KI-Gesetz trägt dieser Herausforderung Rechnung und enthält daher spezifische Bestimmungen, die KMU und SMPs bei diesen Vorgängen unterstützen sollen.

Das EU-KI-Gesetz: Grundlage der KI-Regulierung

Das KI-Gesetz trat am 1. August 2024 in Kraft und legte mit der Verordnung (EU) 2024/1689 den Grundstein für die europäische KI-Governance. Es schafft unmittelbare rechtliche Verpflichtungen, die einheitlich für den gesamten EU-Markt gelten. Seine Kernziele sind die Förderung vertrauenswürdiger KI und die Wahrung der Wettbewerbsposition Europas in der globalen KI-Landschaft.

Für SMPs bedeutet dies einen Rechtsrahmen, der versucht,

ein Gleichgewicht zwischen Innovation und Risikominderung herzustellen. Er erkennt an, dass KI-Systeme zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen können, räumt jedoch gleichzeitig ein, dass bestimmte Anwendungen Risiken mit sich bringen, die regulatorische Eingriffe erfordern.

Die Umsetzung erfolgt schrittweise, damit sich die Organisationen allmählich anpassen können:

- 2. Februar 2025: strengste Bestimmungen
- 2. August 2025: Verpflichtungen für allgemeine KI-Modelle
- 2. August 2026: Der umfassende Rahmen wird vollständig anwendbar

Risikobasierter Ansatz für die Regulierung der KI

KI-Systeme mit inakzeptablem Risiko

- Vollständig verboten
- Umfasst soziale Bewertungssysteme, Kreditwürdigkeit, Echtzeit-Bewertungen biometrische Identifizierung usw.

SMPs → Keine direkten Auswirkungen auf typische Buchhaltungsanwendungen

Hochriskante KI-Systeme

- Strengste Anforderungen
- Umfasst KI zur Manipulation der Bewertungen und kritische Infrastrukturmanagement

SMPs → Umfasst Leistungsüberwachungssysteme und Algorithmen zur Aufgabenverteilung

- KI-Systeme mit begrenztem Risiko Vor allem Transparenzpflichten Umfasst die Offenlegung, wenn Personen auf KI-Systeme reagieren
-

SMPs (→) Kunden verstehen, dass sie KI-gestützte Chatbots und Tools zur Dokumentenprüfung verwenden

- KI-Systeme mit minimalem Risiko Wenige regulatorische Einschränkungen Deckt die meisten traditionellen KI-Anwendungen ab Anwendungen wie Spamfilter und Empfehlungssysteme
-

SMPs (→) Viele Standardfunktionen von Buchhaltungssoftware fallen unter diese Kategorie.

Rechtliche Verpflichtungen für SMPs, die KI einsetzen

Das KI-Gesetz legt unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb der KI-Wertschöpfungskette fest. SMPs können je nach ihrer KI-Implementierung als Anbieter, Bereitsteller oder Nutzer auftreten. Um ihre Pflichten und Compliance-Anforderungen zu bestimmen, ist es wichtig, diese Rollen zu verstehen.

Die Verpflichtungen von Anbietern gelten für Unternehmen, die KI-Systeme auf dem EU-Markt entwickeln. Während die meisten SMPs keine KI-Anbieter sein werden, können diejenigen, die KI-Lösungen anpassen oder bestehende Systeme modifizieren, den Status eines Anbieters erwerben.

Die Verpflichtungen für Implementierer gelten für SMPs, die KI-Systeme in ihrer beruflichen Tätigkeit einsetzen, und umfassen die meisten praktischen Anwendungsfälle von KI in der Buchhaltung. Anwender müssen eine menschliche Aufsicht gewährleisten, die Leistung von KI-Systemen überwachen und Aufzeichnungen über die Nutzung von KI-Systemen führen.

Dokumentations- und Transparenzanforderungen bilden die Grundlage für die Einhaltung des KI-Gesetzes und verpflichten SMPs zur Führung detaillierter Aufzeichnungen über die Nutzung ihrer KI-Systeme. Für KMU werden vereinfachte Vorlagen entwickelt.

Sonderbestimmungen für SMPs und KMU

Das KI-Gesetz enthält umfangreiche Bestimmungen, die speziell auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen ausgerichtet sind und deren entscheidende Rolle bei der Förderung von KI-Innovationen unter Berücksichtigung ihrer begrenzten Ressourcen anerkennen. Diese unterstützenden Maßnahmen schaffen für KMU ein zugänglicheres regulatorisches Umfeld als für größere Unternehmen.

Maßgeschneiderte Unterstützungsmechanismen Dazu gehören proportional zur Unternehmensgröße reduzierte Compliance-Kosten, vereinfachte Dokumentationsanforderungen und spezielle Kommunikationskanäle für Anfragen von KMU. Die Europäische Kommission muss regelmäßig die Compliance-Kosten für KMU bewerten und sich um deren Senkung bemühen, um sicherzustellen, dass kleinere Unternehmen nicht unverhältnismäßig stark von den regulatorischen Belastungen betroffen sind. Die Gebühren für Konformitätsbewertungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zur Größe und zum Marktanteil der KMU stehen, um eine übermäßige finanzielle Belastung zu vermeiden.

Vorrangiger Zugang zu regulatorischen Sandkästen Dies bietet SMPs wertvolle

Möglichkeiten, KI-Systeme unter behördlicher Aufsicht ohne die vollständige Einhaltung aller Vorschriften zu testen. Dieser Zugang umfasst vereinfachte Verfahren und klare Leitlinien, die speziell für kleinere Unternehmen konzipiert sind. SMPs können Sandboxes nutzen, um ihre KI-Implementierungen zu validieren, Feedback von den Aufsichtsbehörden zu erhalten und Vertrauen in ihre Compliance-Ansätze aufzubauen, bevor sie diese vollständig auf den Markt bringen.

Vereinfachte Wege zur Einhaltung der Vorschriften Diese berücksichtigen, dass SMPs nicht die gleiche Compliance-Infrastruktur wie größere Unternehmen aufrechterhalten können. Der KI-Gesetzesentwurf verpflichtet die Europäische Kommission, vereinfachte technische Dokumentationsformulare zu entwickeln, die von den nationalen Behörden akzeptiert werden, wodurch der Verwaltungsaufwand verringert und gleichzeitig die behördliche Aufsicht aufrechterhalten wird. Auf die Bedürfnisse von KMU zugeschnittene Schulungsmaßnahmen werden kleineren Unternehmen helfen, die Anforderungen des KI-Gesetzes zu verstehen und einzuhalten, ohne dass sie über umfangreiche juristische Fachkenntnisse verfügen müssen.

Transparenz und Rechenschaftspflicht

Transparenzanforderungen stellen SMPs vor erhebliche Verpflichtungen. Diese sollen sicherstellen, dass KI-Entscheidungsprozesse nachvollziehbar und rechenschaftspflichtig bleiben. Generative und universell einsetzbare KI-Regeln erlegen sowohl Anbietern als auch Anwendern Verpflichtungen auf.

Anbieter müssen das EU-Urheberrecht einhalten, Zusammenfassungen der Trainingsdaten veröffentlichen und die Einhaltung des Urheberrechts durchsetzen. SMPs, die Tools wie ChatGPT verwenden, sind zwar nicht direkt als Anbieter verantwortlich, müssen jedoch sicherstellen, dass die von ihnen ausgewählten Tools diese Anforderungen erfüllen.

Aufgrund der Anforderungen hinsichtlich Offenlegung, Kennzeichnung und Einhaltung des Urheberrechts müssen SMPs KI-generierte Inhalte eindeutig kennzeichnen und sicherstellen, dass Kunden bei der Interaktion mit KI darüber informiert sind, um Transparenz zu wahren und das Urheberrecht zu respektieren.



Sanktionen und Durchsetzung

Das KI-Gesetz sieht einige der strengsten Strafen in der Geschichte der EU-Regulierung vor, wobei die Geldbußen höher ausfallen können als bei der DSGVO. Für SMPs ist es für die Risikobewertung und die Priorisierung der Compliance von entscheidender Bedeutung, die Strafstruktur zu verstehen.

Die Geldbußen und Sanktionen sind je nach Schwere des Verstoßes gestaffelt. Verstöße gegen verbotene KI-Praktiken werden mit den höchsten Strafen geahndet – bis zu 35 Millionen Euro oder 7 % des Jahresumsatzes, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Die Nichteinhaltung der meisten anderen Verpflichtungen aus dem KI-Gesetz wird mit Geldbußen von bis zu 15 Millionen Euro oder 3 % des weltweiten Jahresumsatzes geahndet

weltweiten Jahresumsatzes. Selbst die Bereitstellung falscher oder unvollständiger Informationen an die Behörden kann zu Geldbußen von bis zu 7,5 Millionen Euro oder 1 % des Jahresumsatzes führen.

Für KMU gilt der niedrigere Prozentsatz oder der Festbetrag, was einen gewissen Schutz vor unverhältnismäßigen Strafen bietet. Selbst reduzierte Strafen können jedoch erheblich sein, sodass die Einhaltung der Vorschriften zu einer wichtigen Priorität für Unternehmen wird. Das Gesetz schreibt ausdrücklich vor, dass bei der Verhängung von Strafen die Interessen und die Lebensfähigkeit von KMU zu berücksichtigen sind, doch das Risiko erheblicher finanzieller Auswirkungen bleibt bestehen.

Vorbereitung auf die Einhaltung der Vorschriften

Die Entwicklung einer wirksamen Strategie zur Einhaltung des KI-Gesetzes erfordert von SMPs systematische Schritte zur Bewertung, Dokumentation und Verwaltung ihrer KI-Nutzung. Dieser Vorbereitungsprozess sollte sofort beginnen, auch für KI-Systeme, die erst 2026 vollständig den Anforderungen entsprechen müssen.

Praktische Schritte für SMPs beginnen mit einer umfassenden Bewertung der KI-Systeme. SMPs sollten alle verwendeten KI-Tools und -Systeme inventarisieren, von offensichtlichen Anwendungen bis hin zu weniger sichtbaren Funktionen in Standardsoftware. Jedes System sollte nach KI-Gesetz-Risikokategorien klassifiziert und mit den entsprechenden Verpflichtungen und Fristen versehen werden.

Die Bewertungen sollten dokumentiert und aktualisiert werden, wenn neue Tools eingeführt oder geändert werden.

Risikomanagement- und Dokumentationssysteme müssen eingerichtet werden, um die kontinuierliche Einhaltung der Vorschriften zu unterstützen. Für risikoreiche KI-Systeme müssen SMPs umfassende Risikomanagement-Rahmenwerke implementieren, einschließlich regelmäßiger Überwachung, Meldung von Vorfällen und Leistungsbewertung

. Selbst bei Systemen mit geringerem Risiko bietet die Pflege einer grundlegenden Dokumentation der KI-Nutzung, der Entscheidungsprozesse und der Maßnahmen zur menschlichen Überwachung einen wertvollen Schutz und zeugt von ernsthaften Bemühungen um die Einhaltung der Vorschriften.

Schulungen und Kapazitätsaufbau für Mitarbeiter sind eine wichtige Investition in die Vorbereitung auf die Einhaltung der Vorschriften. Die Anforderungen des KI-Gesetzes an die Kenntnisse aller KI-Nutzer verpflichten SMPs, sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiter die Fähigkeiten, Grenzen und Risiken von KI verstehen – sowohl in technischer Hinsicht als auch in Bezug auf rechtliche Verpflichtungen.

Das KI-Gesetz ist nur der Anfang der KI-Regulierung in der EU, und künftige Entwicklungen werden die Rahmenbedingungen für SMPs prägen. Angesichts dieser Trends ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Regulierungsbehörden den Grundsatz „Think small“ anwenden, Verhältnismäßigkeit gewährleisten, die Ressourcen von SMPs und KMU berücksichtigen und sich um EU-weite Homogenität bemühen, um eine faire Einhaltung der Vorschriften zu unterstützen.



Über die EFAA

Die European Federation of Accountants and Auditors for SMEs (EFAA) ist eine Dachorganisation für nationale Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterverbände, deren einzelne Mitglieder vorwiegend KMU innerhalb der Europäischen Union und in ganz Europa professionelle Dienstleistungen anbieten. Sie wurde 1994 gegründet.

Die EFAA für KMU hat 15 Mitglieder in ganz Europa, die über 400.000 Buchhalter, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater vertreten.

Die EFAA für KMU ist Mitglied des Verbands der Handwerks- und KMU-Unternehmen (SME United) und Gründungsmitglied der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG).